

Besonnen



Norbert Holst
über die Razzia in Ellwangen

Für die AfD und andere rechte Hardliner ist es eine vermeintliche Steilvorlage. Der Staat sei eingeknickt, als eine Handvoll Polizeibeamte in der Nacht zum Montag den wenig geordneten Rückzug antreten mussten, nachdem sie von 150 Bewohnern einer Flüchtlingsunterkunft in Ellwangen massiv bedroht worden waren. Nein, der Staat hat nicht kapituliert. Er hat besonnen reagiert. Was hätten die Beamten tun sollen? Die Waffe zücken? Nun hat die Polizei mit der Großrazzia klare Kante gezeigt, der Rechtsstaat ist wiederhergestellt.

Ein Rechtsstaat übrigens, von dem nicht zuletzt Schutzsuchende profitieren. Das ignorieren gern jene Allesversteher, die jetzt von links auf die Polizei eindreschen. Vom Angriff auf Menschenrechte wird gefaselt, das Verhalten des Mobs als „ziviler Ungehorsam“ bejubelt. Die Frage sei erlaubt: Wenn die Bundesrepublik so ein böser Unrechtsstaat ist – warum wollen so viele Migranten in dieses Land?

Ellwangen zeigt aber auch: Massenunterkünfte für Flüchtlinge sind ein großes Problem. Horst Seehofer steht damit vor einem Dilemma. Sein umstrittener Plan, Asyl- und Abschiebelager für bis zu 1500 Menschen einzurichten, dürfte es jetzt noch schwerer haben. Bericht Seite 4
norbert.holst@weser-kurier.de



Lügen haben kurze Beine. Und kleine Hände!

Klaus Stüttmann

Verantwortung



Sabine Doll
über Selbstzahler-Leistungen

Wem seine Gesundheit wichtig ist, der ist auch bereit, alles Mögliche dafür zu tun. Zum Beispiel für zusätzliche Untersuchungen, die medizinisch nicht akut notwendig sind und deshalb nicht von den Krankenkassen übernommen werden, selbst zu zahlen. Allerdings sind solche individuellen Gesundheitsleistungen (Igel), die von Ärzten angeboten werden dürfen, nicht immer zielführend. Weil ihr Nutzen oftmals nicht nachgewiesen ist und weil sie sogar zu falschen Befunden führen können. Ob zusätzliche Untersuchungen zur Früherkennung von Grünem Star oder Eierstockkrebs – sie führen die Igel-Top-Ten seit Jahren an – sinnvoll sind, liegt in der Verantwortung der Ärzte. Vor allem aber liegt sie auch in der Verantwortung der Patienten selbst. Sie müssen nicht gleich zustimmen – weil es sich eben nicht um eine medizinisch akut notwendige Untersuchung handelt. Sie sollten bei Kassen oder Patientenberatungen Rat einholen und in Ruhe entscheiden. Damit sich Patienten in der Sprechstunde nicht unter Druck und überempfindlich fühlen, ist der Vorstoß von Patientenschützern absolut sinnvoll: Zwischen Igel-Angebot und möglicher Leistung müssen zwei Wochen Bedenkzeit liegen. Bericht Seite 4
sabine.doll@weser-kurier.de

Verteidigung nach Kassenlage ist reine Verschwendung



Joerg Helge Wagner
über den Wehretat

Selbstverständlich darf man Streitkräfte für total überflüssig halten und finden, dass jeder Cent dafür andernorts besser ausgegeben wäre. Das ist durch die Meinungsfreiheit gedeckt, die wiederum im Grundgesetz ganz vorne verankert ist (Artikel 5). Weiter hinten steht allerdings noch, dass der Bund Streitkräfte zur Verteidigung aufstellt (Artikel 87a). Bedingungslos Pazifisten sind damit raus aus der Debatte um einen angemessenen Wehretat.

Alle anderen lesen zu den Streitkräften weiter: „Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.“ Damit sagt unsere Verfassung scheinbar etwas Unfassbares: Umfang und Ausstattung der Bundeswehr richten sich nach der Kassenlage, nicht nach der Bedrohungslage!

Ganz so ist es natürlich nicht. Die letzte Entscheidung fällt im Bundestag: Sein „Königsrecht“ ist es, den Haushalt zu billigen oder abzulehnen. Dort sind die Verteidigungsausgaben allerdings der zweitgrößte Brocken, deshalb wird regelmäßig so engagiert darum gerungen. Es geht aktuell um 38,5 Milliarden Euro, um die internationale Handlungsfähigkeit Deutschlands und nicht zuletzt um Leib und Leben der Soldaten. Auch die kann ausschließlich das Parlament in Auslandseinsätze schicken. So haben die Soldaten immer die Gewissheit, dass die Mehrheit der Volksvertreter hinter ihrer Mission steht. Die Abgeordneten tragen mit ihrem Budgetrecht aber auch für den Zustand der Truppe eine große Verantwortung, die können sie nicht allein bei

der Verteidigungsministerin oder dem Bundeskabinett abladen.

Manche versuchen aber genau dies. Agnieszka Brugger, Verteidigungspolitikerin der Grünen-Fraktion, hat eine sehr berechtigte Anfrage gestellt: Wie viele Hubschrauberpiloten haben ihre Fluglizenzen verloren, weil sie nicht das Soll an Realflugstunden pro Jahr erfüllten? Laut Ministerium war es 2017 jeder Siebente. Brugger kennt auch den Grund: Nicht einmal ein Drittel der Helikopter ist einsatzbereit – Ministerin Ursula von der Leyen habe die Lage eben „kein bisschen im Griff“. Da darf man gespannt sein, wie sich die Grünen im Herbst bei der Abstimmung über

Im Zweifel macht sich eine ganze Nation lächerlich.

einen erhöhten Militäretat für 2019 verhalten werden.

Denn selbstredend hängt die Einsatzbereitschaft komplexer Systeme auch von den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln ab. Von den 128 sündhaft teuren Eurofighter-Jets seien ganze vier kampfbereit, weil die Luftwaffe nur über kleine Bestände zur Bewaffnung verfüge, hieß es jüngst. Niemand dementierte ausdrücklich. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, der SPD-Abgeordnete Hans-Peter Bartels, sagte vielmehr, solche Meldungen habe man in den letzten Jahren „schon fast gewohnheitsmäßig zur Kenntnis genommen“. Fatalismus, obwohl wichtige Bündniszusagen gebrochen werden? Der Nato hat Deutschland nicht weniger als 82 Jets für Krisenfälle zugesagt – natür-

lich bewaffnet, vollgetankt und von lizenzierten Piloten geflogen. Aber auch die werden knapp: Gerade haben sieben von ihnen den Dienst quittiert, jeder einzelne ausgebildet für fünf Millionen Euro. So wird Kaputtsparen langsam richtig teuer.

Bartels bedauert, dass im Koalitionsvertrag für die Verteidigung eine „konkrete Zahl“ fehle. Stattdessen habe man bloß einen „Mechanismus“ vereinbart: Gibt es Haushaltsüberschüsse, werden sie im Verhältnis eins zu eins auf die Etats für Entwicklungshilfe und Verteidigung aufgeteilt. Verkehrte Welt: Während der SPD-Abgeordnete für einen Nachschlag kämpft, stellt sich der CSU-Finanzpolitiker Hans Michelbach voll hinter die zögerliche Haushaltsplanung von SPD-Minister Olaf Scholz. Zu von der Leyens Forderung nach weiteren sechs Milliarden Euro schwurbelt er: „Wenn es neue Spielräume über die prioritären Maßnahmen gibt, dann werden wir mit ihr verhandeln.“

Na prima! Was ist denn „prioritär“? Dass Hubschrauber und Jets im Ernstfall auch abheben? Dass ihre Piloten Routine haben? Dass sich die Bündnispartner auf Deutschlands Zusagen verlassen können? Dass Europa die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA endlich überwindet?

Mit einer Schutzlosen Null jedenfalls lassen sich weder Terroristen bekämpfen noch irgendwelche Aggressoren abschrecken. Abgesehen davon: Die schlimmste, verwerflichste Steuerveranschwendung findet doch statt, wenn sehr viel für etwas ausgegeben wird, das nicht funktionieren kann, weil die entscheidende letzte Summe fehlt. Porsche gekauft, aber das Geld zum Tanken wird lieber gespart. So macht man sich lächerlich – im Zweifel auch eine ganze Nation.

joerg-helge.wagner@weser-kurier.de

Berliner Zeitung

über Rente: „Etwas für die Zukunftssicherung der Rente zu tun, bedeutet, den Wählern etwas abzuverlangen. Das tut kein Politiker ohne Not gern. Das Vorgehen der Koalition grenzt an Arbeitsverweigerung. In der Sache gibt es keinen Grund, die Zukunftsprobleme der Rente vor sich herzuschieben. Werden die Beiträge angesichts der demografischen Entwicklung weiter steigen müssen? Ja. Sind höhere Steuerzuschüsse in die Rentenkasse sinnvoll, um diese Steigerungen in Grenzen zu halten? Noch einmal: Ja.“

Südwest-Presse

über die EU: „Natürlich ist es nicht das erste Mal, dass die EU einen solchen Zaubertrick vorführen muss. In der Vergangenheit ist er nur deshalb gelungen, weil die Geberländer – allen voran die Bundesrepublik – bereit waren, dem Kaninchen mit sehr viel Geld aus dem Hut zu helfen. Das ist dieses Mal offenkundig nicht der Fall. Zwar ist Deutschland bereit, mehr zu zahlen, doch zwölf Milliarden Euro sind doch ein bisschen viel.“

Braunschweiger Zeitung

über VW: „Bei der VW-Hauptversammlung ließ der neue VW-Konzernchef Herbert Diess ahforchen. Er sprach zwar viel von Strategie, E-Mobilität, Geschäftszahlen und neuen Modellen. Einen Schwerpunkt setzte er aber mit dem Thema Kulturwandel. Die Gleichung: Ohne eine entsprechende Kultur kann VW nicht „anständig“ sein. Und ohne diese Eigenschaft gibt es keinen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Das ist eine richtige und wichtige Botschaft.“

KORREKTUR

Der Bericht in der Donnerstagsausgabe über die Popularitätswerte der Senatsmitglieder enthielt einen Fehler. Im Kurzporträt über Martin Günthner war vom „Milliardenprojekt“ Offshore-Terminal Bremerhaven die Rede. Richtig muss es heißen: Millionenprojekt. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen. WK

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg · Wirtschaft:
Philipp Jaklin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Jörg Niemyer (komm.)
Leiter Zentralredaktion: Markus Peters · Leiter Sonderthemen:
Stefan Dammann · Art-Direktor: Franz Berding
Büro Lillenthal: André Fesser · Büro Osterholz-Scharmbeck:
Antje Borstelmann · Büro Vegesack: Michael Brandt
Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung) · Büro Hannover:
Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Nadine Wenzlik

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 34,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonntags von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonntags von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/3671000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Lothar Probst
über die Zukunft der SPD

Die SPD hat sich unter Andrea Nahles viel vorgenommen: Sie will durch gute Regierungsarbeit überzeugen und gleichzeitig wieder mehr Eigenprofil entwickeln. Mit Debattencamps, Regional-Konferenzen, Verbesserung der internen Kommunikation und programmatischer Klarheit rund um die Themen Sozialstaat, Arbeit, Wirtschaft, Klima und Migration will die Partei zu neuen Ufern aufbrechen. Manches davon ist weder neu noch originell, anderes klingt wie die verzweifelte Suche nach dem richtigen Schlüssel für einen politischen Neubeginn.

Dabei droht die Erkenntnis verloren zu gehen, dass es bei der Abwärtsspirale der

SPD nicht um eine temporäre Formschwäche geht, sondern um strukturelle Probleme, mit denen sich auch andere sozialdemokratische Parteien in Westeuropa konfrontiert sehen. Einige Soziologen sehen die Ursache für diese Probleme darin, dass im Zuge der Globalisierung ein wirtschaftlicher Neoliberalismus eine unheilvolle Allianz mit einer libertären Kultur der Differenz eingegangen ist. Das spalte die Gesellschaft gewissermaßen in Globalisten, die ökonomisch, sozial und kulturell die Früchte der Globalisierung genießen, und Antiglobalisten, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen verharren, kaum Aufstiegsmöglichkeiten haben sowie offen für rechtspopulistische Parolen sind. In ihren sozialen Lebenslagen, Lebensstilen, kulturellen Präferenzen und politischen Orientierungen driften diese Milieus immer weiter auseinander.

Wenn die SPD unter diesen Voraussetzungen Volkspartei bleiben will, muss sie eine Antwort auf die Frage finden, wie man trotz dieser Aufspaltung eine breite Wählerkoalition formen kann. Die häufig zu hörende Formel vom „starken Staat“ könnte ein Schlüssel sein, denn in allen Milieus gibt es Erwartungen an den Staat, die durchaus vereinbar sind: Eine gute Infrastruktur im öffentlichen Bereich, sei es bei Verkehrswegen, Schulen oder Kitas, ein guter staatlicher Bürgerservice, Schutz vor Kriminalität, angemessene Löhne auch für Pflegekräfte und Verkäuferinnen und eine auskömmliche Rente – das sind Dinge, an denen alle ein Interesse haben.

Als Volkspartei müsste die SPD darüber hinaus die Entwertungserfahrungen der neuen Unterklasse und die Abstiegssängere der alten Mittelklasse ernst nehmen und ihnen in Bezug auf ihre Gemeinschafts-

und Schutzbedürfnisse etwas anbieten, das sie gleichzeitig von den Rechtspopulisten unterscheidet – eine Art weltoffenen Patriotismus. Auf einen Nenner gebracht: Die SPD muss sozialpolitisch moderat nach links und gesellschaftspolitisch moderat nach rechts rücken, um wieder mehrheitsfähig zu werden.



Unser Gastautor
ist Professor und Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Bis zu seiner Pensionierung im April 2016 war er dort Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Auf der Suche nach einer breiten Wählerkoalition